

Taktik gezeigt. Anders war die Sache in der Rathenaukampagne, die die negative Seite der Taktik der Einheitsfronttaktik gezeigt hat. Als die Massen erregt waren, haben wir erst wochenlang geheime Verhandlungen diplomatischer Natur mit dem ADGB und der SPD. geführt, die ein bewußtes Spiel mit uns getrieben haben. Sie haben solange verhandeln wollen, damit sie uns binden konnten. Wir haben in der Presse und auch in Versammlungen unser Gesicht nicht zu zeigen gewagt.

Zur Betriebsrätebewegung möchte ich mit derselben Offenheit aussprechen, daß die Tugenden der Betriebsrätebewegung nicht auf unsere Rechnung zu setzen sind: Die Sozialdemokraten sind schuld daran, die uns mit einem Fußtritt hinausgeworfen haben und uns die Fortsetzung der Rathenautaktik unmöglich gemacht haben. Auch darf man die Betriebsrätebewegung nicht überschätzen. Ich glaube, ihre wirkliche Bedeutung kann hier noch nicht besprochen werden. Der 4. Kongreß möge darüber wachen, daß die K. I. von allen Opportunisten frei werde. (Beifall bei den Deutschen.)

NEURATH: Die Äußerungen des Gen. Vajtauer könnten den Anschein erwecken, daß es sich in der tschechoslowakischen Partei um eine linke Opposition handelt, die sich um Vajtauer sammelt. Das ist falsch. Die linke Opposition hat einen Kampf geführt gegen jenen Opportunismus, der bis zum Vereinigungskongreß durch Gen. Smeral vertreten war. Nach diesem Kongreß hat sich aber Smeral auf den Boden der Beschlüsse des 3. Weltkongresses gestellt. Die sogenannte neue Opposition, die ungefähr seit Dezember v. J. besteht, hat keine Grundsätze formuliert, die von den unseren verschieden wären. Wir hatten in der Tschechoslowakei eine ganze Reihe von Kämpfen zu bestehen. Ich erinnere z. B. an den Kampf der Staatsangestellten, der Privatangestellten, der Bergarbeiter, der Metallarbeiter und der Glasarbeiter. Während all dieser Kämpfe wurden unsere Grundsätze auch von den Mitgliedern dieser Opposition niemals angegriffen oder bestritten. Jetzt wirft sie uns vor, daß Smeral ein Opportunist sei, daß er unbedingt Minister werden wolle, daß er Verhandlungen mit der Konterrevolution führe usw. Das war der ganze positive Inhalt des Programms dieser Opposition.

Auf der Osterkonferenz haben wir von der Opposition verlangt, jetzt müsse das Spiel ein Ende nehmen. Als Gen. Jilek nach Moskau reiste, haben sich die erfahrensten Genossen zusammengesetzt, das Material studiert und Jilek nach seinem Programm gefragt. Die Exekutive stellt fest, es gibt in der tschechoslowakischen Partei keine grundsätzlichen politischen Differenzen, es gibt nur organisatorische Mängel. Und trotzdem mußten wir in den Sitzungen Stunden vergeuden, um dem Gen. Sturc klar zu machen, daß Smeral nicht Minister werden will. Endlich wurden auf der Reichskonferenz einige programmatische Grundsätze formuliert. (Redner liest, zum Teil unter Heiterkeit der Anwesenden, einige programmatische Punkte vor.) Da heißt es: „Der Arbeiter wird auf zweifache Art ausgebeutet, einmal durch die Arbeitgeber, das zweitemal durch die Händler. Die Teuerung, welche durch den Vermittlungshandel hervorgerufen wird, lastet noch viel schwerer auf ihm, als die kapitalistische Ausbeutung.“ Es wird z. B. der Boykott der ka-

pitalistischen Produkte verlangt, oder es wird von der Arbeiterregierung verlangt, daß sie „produktions- und verteilungskonzentrierend im Sinne des kollektiven Kapitalismus wirke“. Und dann heißt es: „Über das Wesen der Arbeiterregierung zu diskutieren lehnen wir entschieden ab und warnen davor, daß darüber auch bloß abstrakt gesprochen wird“.

Nun, Genossen, diese Grundzüge dürften eher für einen Veteranenverein als für eine kommunistische Partei passen. Die Opposition hat ein Flugblatt an die Organisationen verschickt mit solchen Anschuldigungen gegen uns, daß, wenn sie berechtigt wären, wir jetzt hier nicht stehen dürften, so schwer waren diese Anschuldigungen.

Es ist Tatsache, daß auf dem Boden dieser Opposition sich nur ein einziger Kreis (von 24 Kreisen) gestellt hat, und zwar der Kreis Proßnitz.

Wir lassen uns diese Art der Opposition nicht weiter gefallen. Wir erlauben nicht, daß unsere Partei in so frivoler Weise in ihren Arbeiten und in der Erfüllung ihrer Pflichten gehindert werde. (Beifall.)

VIERTE SITZUNG

AM 11. NOVEMBER 1922, VORMITTAGS.

Vorsitz: KOLAROW.

Redner: BECKER, RADEK, DURET, BORDIGA, GRAZIADEI.

BECKER (Deutschland): Man hat in dem Bericht der Exekutive die deutsche Partei viel gelobt. Wir aber, Genossen, fühlen uns nicht ganz wohl dabei. Genossen, die Stimmung bei einem Teil unserer Mitglieder ist in den letzten Monaten — wir können das sagen, — stark zurückgegangen. Diese Stimmung ist aber immerhin die Grundlage für die Tendenzen, die sich in den Spitzen der Parteien auswirken. Die führenden Genossen hegen mitunter übertriebene Befürchtungen in bezug auf die opportunistischen Gefahren der Einheitsfronttaktik. Die Passivität einiger führenden Genossen hat es nicht zuletzt verschuldet, daß Sozialdemokraten uns öfters zuvorkamen, daß die anderen uns die Führung der Politik der Einheitsfront aus der Hand nahmen.

Bei der Durchführung der Einheitsfronttaktik während der Rathenaukrise waren die Genossen der rechten Tendenz sehr ängstlich, daß man mit den Spitzenorganisationen zu schnell wieder auseinanderkommen werde. Was die linke Tendenz betrifft, so hat auch sie während der Rathenaukrise Unsicherheit gezeigt. Ich möchte nur an die stumme Demonstration, die Demonstration ohne Redner, erinnern. Genossin Fischer sagte, daß die Partei in der Rathenaukrise eine günstige Gelegenheit vorübergehen ließ, die Verhandlungen abzubrechen. Das ist wiederum ein Moment der Unsicherheit der sogenannten linken Elemente gewesen. Für uns lag damals überhaupt keine Ursache vor, die Verhandlungen abzubrechen. Wir hatten vielmehr alles Interesse daran, die Sozialdemokraten immer wieder zu zwingen, daß sie die Verhandlungen abbrechen.

Redner wendet sich sodann gegen die mechanische Auffassung der Einheitsfront bei manchen Genossen, die die Ausschaltung der Spitzen von den Verhandlungen möglich halten.

Zur Frage der Arbeiterregierung bzw. des Unterschiedes einer sozialistischen Landesregierung von einer Landes-Arbeiterregierung ist zu sagen: eine Arbeiterregierung in einem einzelnen Lande hätte der äußerste Vorposten in den Kämpfen der ganzen deutschen Arbeiterklasse für eine Reichsarbeiterregierung zu sein. Dies hieße, sie hätte den Kampf gegen eine Reichsregierung und die Bourgeoisie aufzunehmen. Die heutigen sozialistischen Landesregierungen aber haben alle eine Koalition mit der Bourgeoisie geschlossen.

RADEK (mit Beifall begrüßt): Genossen, ich werde mich nur mit den zwei linken Genossen, die hier gesprochen haben, beschäftigen, nicht darum, weil ich die Gefahr der Abschweifungen nach links für größer ansehe, sondern deshalb, weil bisher niemand von der Rechten gesprochen hat.

Wir wissen ungefähr, was die tschechoslowakische Linke oder die tschechoslowakische Opposition ist, obwohl es sehr schwer ist, sie theoretisch zu erfassen. Trotzdem wäre es politisch vollkommen unrichtig diese Erscheinung auf die leichte Achsel zu nehmen und als eine Lächerlichkeit hinzustellen. Die tschechoslowakische Linke verdient ernster behandelt zu werden, nicht nur darum, weil sich darin so ausgezeichnete alte proletarische Elemente der Partei befinden, wie Gen. Sturc, sondern weil sie eine Gefahr signalisiert. In der Tschechoslowakei haben wir 600 000 Arbeitslose und wenn eine Richtung in der Partei in einer solchen Situation auftaucht und Thesen vorlegt: wir stehen direkt im Kampfe um die Macht! denn zeigt das, daß ein Teil der Partei mit der Haltung der Partei unzufrieden ist, und wenn dieser Teil heute auch klein ist, so ist bei 600 000 Arbeitslosen immer genug Material für die Möglichkeit da, daß die Partei in verfrühte Kämpfe hineingeschleudert wird. Aus diesem Grunde wollen wir diese Dinge mit Ernst behandeln. Aber ich muß sagen, die Opposition hat es uns nicht leicht gemacht. Gen. Vajtauer, mit dem wir in der kommunistischen und in der Arbeiterbewegung überhaupt erst zwei Jahre die Ehre haben bekannt zu sein, behauptet: Smeral und die Mehrheit des Parteivorstandes stehen in einer Konspiration mit der Bourgeoisie und mit Masaryk, die von der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei fordern: gebt uns den Kopf des Vajtauer, und dann wollen wir eine Koalition schließen! Gen. Vajtauer erzählt uns von Kladno, wo ein so erprobter Klassenkämpfer wirkt, wie unser Gen. Muna, der seine Pflicht als Revolutionär getan hat, als dies etwas schwieriger war, als zu der Zeit, als Gen. Vajtauer die Internationale Kommunistische Partei mit seiner Tätigkeit beglückte; in Kladno soll unter der Führung Munas Streikbruch gemacht worden sein! Vajtauer sagt: wählt zwischen mir und diesen Verrätern, und wenn das Anarchismus ist, was ich hier tue, dann bitte schön, wollen wir Anarchisten bleiben. Etwas bescheidener, Gen. Vajtauer!

Genossen, nun zur Sache! Was hat hier Gen. Vajtauer gesagt? Er hat bloß die Träume Smerals gedeutet, Smeral wolle sozusagen Minister werden. Vajtauer befaßte sich in seiner Vergangenheit wissen-

schaftlich mit Traumdeutungen, und diese Methode überträgt er auf die K. I. (Heiterkeit.) Da fragen wir: was soll die Exekutive der Komintern mit diesen Traumdeutungen anfangen? Sie kann sie nur in einem Traumkalender unterbringen.

Die tschechoslowakische Frage wird mit der ganzen Sorgfalt in der Kommission behandelt werden, und was an den Warnungen über den Zustand der Partei richtig ist, das wird der Kongreß mit größter Sorgfalt berücksichtigen.

Ich komme nun zur Rede der Genossin Fischer. Die Gen. Fischer hat in ihrer Rede eine ganze Anzahl Mängel in der Rathenau-Aktion genannt, die wir hier in Moskau in der Exekutive sofort auch als solche empfunden haben, als wir die detaillierten Nachrichten über den Gang der Ereignisse erhielten. Wenn in der Partei Stimmen laut werden: Keine Geheimnisse vor den Massen in einer Aktion, die eine Massenaktion sein soll, unter keinen Umständen sich von den Sozialdemokraten die Linie vorschreiben lassen, vor allem aber, zu jedem Ereignis den kommunistischen Standpunkt einzunehmen und nicht der Leiche Rathenau nachzulaufen und zu schreien: Republik, Republik! wenn das gesagt wird, so können wir nur erwidern, wir wünschen, daß das nicht die Stimme der Opposition ist, sondern das Bewußtsein der Gesamtpartei. (Sehr richtig!).

Die Partei hat aus der Angst der Isolierung sich zu sehr an die Sozialdemokraten geklammert.

Würde die Kritik der Genossin Fischer allein darin bestehen, so hätte sie vollkommen recht, aber in dieser Kritik sind noch andere Momente enthalten.

Genossen, wie stand die Geschichte. Wenn wir in die vermaledete Lage kommen, mit den Spitzen zu verhandeln, wird die Opposition mit Gen. Ruth Fischer an der Spitze, außerordentlich nervös. Als in der Rathenau-Krise die Verhandlungen begannen, da kam jeden Tag von der Opposition der Antrag an die Zentrale: ein Ultimatum oder brechen. Warum? Das ist eben das rein Mechanische an der ganzen Auffassung der Genossen von der Linken. Unsere Einheitsfronttaktik verläuft nicht nach einem Schema. Wir wissen eins: Wir sind die Schwächeren. Uns werden die größten Hindernisse auf dem Weg zu den Massen gemacht; die Sozialdemokratie versucht ihre Arbeiter von uns zu isolieren. Verhandelt sie mit uns, so haben wir ein Interesse zu brechen nur in dem Moment, wo wir sie genötigt haben, schon möglichst große Massen in Bewegung zu bringen oder wo es schon für jeden klar feststeht, daß sie keine Aktion will. Früher zu brechen oder überhaupt den Drang zu haben, möglichst nicht eine Stunde oder auch nur eine halbe Stunde mit diesen Leuten zusammensitzen, das ist ein Beweis, daß man sich für schwächer hält, als wir sind. Würde die Partei vom ersten Tage an den Massen in der Presse gesagt haben: ja, wir verhandeln mit den Sozialdemokraten, aber wenn Ihr Euch nicht rührt, wird die Sozialdemokratie Euch verraten, so könnten wir ruhig weiter verhandeln bis zu dem Moment, wo sich dieser Verrat vollkommen herausgestellt hatte. Aber statt daß Ihr darauf dringt, daß die Partei eine klare Haltung vor den Massen entfaltet, zerrt Ihr die Partei immer an der Hand und läßt sie nicht verhandeln. Das ist eine nervöse Überspanntheit, die der Partei nicht dienlich ist.

Die Politik des Bruches sollen wir erst dann anfangen, wenn wir imstande sind, allein das zu tun, was sie mit uns zusammen nicht tun wollen.

Würde die Partei allein in die Rathenau-Aktion getreten sein, so behaupte ich, dieser Fehler wäre größer gewesen als alle die, die gemacht worden sind. (Sehr richtig!) Denn wir haben die Erfahrungen nach dem Kapp-Putsch gemacht, daß die Sozialdemokratie nur auf die Gelegenheit wartete, sich zusammen mit den Monarchisten auf uns zu stürzen, und daß die Partei das vermieden hat, ist nicht ein Fehler, sondern ein Verdienst.

Gleichzeitig sagen wir der Partei: Laßt in solchen Situationen in Euren Köpfen nicht das Bild versteinern, daß wir immer schwach sein werden! (Sehr richtig!). Wir können innerhalb einer solchen Aktion durch die Stimmung der Massen sehr stark werden, so daß wir sofort zum selbständigen Vorstoß vorgehen können.

Im großen und ganzen muß man jedoch wiederholen: die Einheitsfronttaktik ist mit den größten Gefahren verbunden. Es entsteht in der Partei sehr leicht eine Zwielficht-Stimmung: ich will mich nicht allein zeigen, wir Kommunisten können nur Arm in Arm mit Scheidemann Unter den Linden spazieren gehen. In dieser Stimmung sind die Parteileitung und die Parteipresse, sie rutschen zu leicht in die sozialdemokratische Politik hinein. Diese Gefahr ist vorhanden.

Was die Frage der Arbeiterregierung anbelangt, so will ich in der Rede der Gen. Fischer ein sehr glückliches Wort unterstreichen. Sie hat gesagt: es bestehe da die Gefahr der Frisierung des Kommunismus ins Westliche. Über diese Gefahr möchte ich ein paar Worte sagen. Bei vielen Genossen ist die Idee der Arbeiterregierung so eine Art sanftes Schlummerkissen. Sie sagen: Diktatur! der Teufel weiß, wann sie kommt, jedenfalls ist es sehr schwierig, die Agitation unter der Losung der Diktatur zu führen; da sage ich lieber „Arbeiterregierung“ das klingt sehr sanft und unschuldig. Niemand weiß, was das ist. Vielleicht wird es etwas sein. Jedenfalls erscheint es aber nicht so gefährlich.

Die Arbeiterregierung ist nicht die Diktatur des Proletariats, das ist klar. Sie ist einer der möglichen Übergangspunkte zu der Diktatur des Proletariats. Diese Möglichkeit beruht darauf, daß die Arbeitermassen im Westen nicht politisch amorph waren, wie im Osten, nicht ungliedert. Sie sind gliedert in Parteien und sie hängen an den Parteien. Im Osten, in Rußland, war es, als der revolutionäre Sturm begann, leichter, sie direkt ins Lager des Kommunismus zu bringen. Bei Euch ist das sehr viel schwieriger. Die deutschen, norwegischen, tschechoslowakischen Arbeiter werden sich viel leichter für eine Koalition der Arbeiterparteien aussprechen. Werden wir nun die Arbeiterregierung als ein Ruhe-kissen auffassen, so werden wir zusammen mit den Sozialdemokraten als eine neue Sorte von Betrügern dastehen. Die Arbeiterregierung muß ein Ausgangspunkt zum Kampfe um die Diktatur des Proletariats werden. Die Arbeiterregierung ist nicht eine historische Notwendigkeit, sondern eine historische Möglichkeit. Das ist nach meiner Überzeugung eine richtige Formel. Es wäre vollkommen unrichtig, es so darzustellen, daß die Entwicklung der Menschen vom Affen bis zum Volkskommis-sar obligatorisch durch die Phase der Ar-

beiterregierung gehen müsse. (Heiterkeit.) Diese Variante ist in erster Linie in jenen Ländern möglich, wo sich neben starken proletarischen Bewegungen Bauernbewegungen finden, oder wo die Arbeiterklasse so groß ist wie in England und die Bourgeoisie keine direkten Machtmittel gegen sie hat.

DURET: Genossen, ich spreche hier im Namen jener Tendenz, die die französische Opposition gegen die Einheitsfronttaktik genannt wird.

Man darf nicht vergessen, daß Frankreich vornehmlich das Land der Sozialverräter, das Land der Briand, der Millerand, das Land des Wahlkretinismus ist. Daher die ursprüngliche Ablehnung der Einheitsfronttaktik seitens der französischen Arbeiter, die in ihr nichts anderes sahen als eine Einigung mit den Reformisten.

Die Stellungnahme jener Gruppe, der ich angehöre, war eine andere, während das Zentrum erklärte: Wir sind gegen die Einheitsfront, weil wir eine gute kommunistische Partei sind, sagten wir: Wir sind gegen die Einheitsfront, weil es in Frankreich keine kommunistische Partei im eigentlichen Sinne des Wortes gibt.

Auf welche Gründe ist unser Verhalten zurückzuführen? Gegenüber der von Soutif vertretenen Ansicht „Warum müssen wir denn für unmittelbare Forderungen um Reformen kämpfen? Wenn wir stark genug sind, von der Bourgeoisie Reformen zu erwirken, werden wir auch genug stark sein, die Macht zu erobern und die Diktatur des Proletariats aufzurichten“ — sind wir der Ansicht, daß der tägliche Kampf für die unmittelbaren Forderungen eine Voraussetzung der kommunistischen Partei Frankreichs ist.

Durch Bekämpfung der Einheitsfronttaktik wollen wir diejenigen entlarven, die unter dem Vorwand, diese Taktik zu bekämpfen, bloß die Taktik der geringeren Anstrengung verfolgen und durch revolutionäres Geschwätz ihre revolutionäre Keuschheit reparieren wollen.

Während in Deutschland die große Mehrheit des Proletariats entweder politisch oder wirtschaftlich organisiert ist, bleibt in Frankreich die große Mehrheit des Proletariats unorganisiert.

In Frankreich gibt es keine echte Massenpartei. Mehr noch: in der geschichtlichen Entwicklung der französischen Bewegung begegnen wir nirgends großen politischen Massenparteien, sondern nur Ideengruppen.

In Frankreich macht sich der Wunsch nach Einheit auf gewerkschaftlichem Gebiet, nicht aber auf politischem Gebiet geltend, da die Masse die politische Partei nur als Wahlorganisation betrachtet.

Man kann die Einheitsfronttaktik auf zweierlei Art auffassen: Entweder proklamiert man Aktionen ganz bestimmten Charakters, oder man versuchte erst im Verlaufe der Aktion unseren Standpunkt zur Geltung zu bringen, bzw. aus dem Rahmen der Aktion hinauszugehen. Ich muß sagen, daß dieses letztere Mittel von starken kommunistischen Parteien angewandt werden kann, nicht aber von Parteien, die bloß dem Namen nach kommunistisch sind. Daher haben wir gegen diese zweite Auslegung der Einheitsfronttaktik gekämpft. In Ländern wie Deutschland, wo die Mehrheit der Werktätigen organisiert ist, kann die politische Partei große Massen an sich reißen. Die Bewegung der Massen in Frankreich muß einen elementaren Charakter annehmen,

und diese Elementarbewegung wird nicht leichter zustandekommen, wenn zwischen der Sozialistischen Partei und der Kommunistischen Partei ein Einvernehmen zustandekommen wird.

Gen. Thalheimer hatte die Freundlichkeit, mir auf fünf oder sechs Seiten auseinanderzusetzen, worin die Arbeiterregierung bestehe. Auch Gen. Radek gab mir eine ausführliche Erklärung. Ich habe jedoch nichts verstanden. Man sagt uns, die Arbeiterregierung sei nicht die Diktatur des Proletariats. Gleichzeitig sagt man, sie stütze sich nicht auf das Parlament. Nun frage ich: worauf stützt sie sich? Sie werden mir vermutlich erklären, sie stützt sich auf die Massen. Das ist aber ein unbestimmter Ausdruck. Versteht man darunter die Organisation der Massen, z. B. die Arbeiterräte, so sind wir vollkommen einverstanden. In diesem Falle jedoch will die Losung der Arbeiterregierung einfach bedeuten: Alle Macht den Sowjets, alle Macht den Arbeiterräten. Jedermann weiß aber, daß es in Frankreich noch keine Arbeiterräte gibt und daß der größte Teil unserer Parteikämpfer, geschweige denn die organisierten Massen, nicht einmal wissen, was Arbeiterräte bedeuten. (Zwischenruf Radeks: dank der Partei!)

Sollen wir aber mittlerweile die Arbeiterregierung auf die parlamentarische Mehrheit stützen wollen, so führt dies zum Wahlkretinismus, zur Auferstehung des Parlamentarismus. Deshalb sagen wir, daß die Losung einer Arbeiterregierung Blum-Frossard in der gegenwärtigen Lage der französischen Partei gefährlich wäre. Man muß sich darüber klar sein, was man in der K. P. Frankreichs eine Aktion nennt. Aktion bedeutet in der K. P. F.: Artikelschreiben (mehrere Stimmen: Sehr richtig!). Wenn wir also der französischen Partei, die noch keine echte kommunistische Partei ist, die Massenaktion predigen wollten, würde die Verantwortung für das Scheitern der Aktion die Partei treffen.

Der „Inopportunismus“ der Linken bedeutet, solange er sich nicht vollständig von den Massen entfernt, keine Gefahr. Das Gegenteil gilt für den rechtsseitigen Opportunismus. Wir sind der Ansicht, daß die in Frankreich von Treint verkündeten Theorien, die Erringung einer Reform von der Bourgeoisie sei heute gleichbedeutend mit der Revolution — daß diese Theorien sowohl vom praktischen wie auch vom theoretischen Gesichtspunkt aus für die Arbeiterbewegung gefährlich sind.

Wie Sie wissen, hat unsere Richtung gegen gewisse Formen der Einheitsfronttaktik gekämpft. Nichtsdestoweniger erkläre ich, daß wir bereit sind, sämtliche Beschlüsse des 4. Kongresses zu respektieren und durchzuführen (Beifall).

BORDIGA: Wir italienischen Kommunisten halten die Formel „Mehrheit der Arbeiterklasse“ für unbestimmt und willkürlich, denn sie sagt uns nicht, ob es sich ausschließlich um das Proletariat oder auch um halbproletarische Schichten, ob es sich nur um die politisch oder gewerkschaftliche Organisierten oder auch um die Unorganisierten handelt. Diese Formel erscheint uns auch willkürlich, denn unser Angriff ist auch möglich, bevor wir diese Mehrheit gewonnen haben.

Zum Bericht des Gen. Sinowjew muß ich sagen, daß ich die Lage etwas pessimistischer betrachte als er. Wenn die objektive Voraussetzung für die Revolution das Bestehen der großen kapitalistischen Krise ist, so leidet andererseits die subjektive Voraussetzung einer

starken Kommunistischen Internationale durch den Einfluß der Krise auf die wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen, die wir die „ursprünglichen“ natürlichen Organisationen der Arbeiterklasse nennen können. M. E. wird die wirtschaftliche Lage sich immer nur verschlimmern und Arbeitslosigkeit und Rückgang der Gewerkschaften zur Folge haben.

Die Unzufriedenheit wird auch in den halbproletarischen Klassen wachsen. Diese chaotische Unzufriedenheit in eine Form zu bringen, die sich für den revolutionären Kampf eignet — das ist das große Problem. Aus diesem Problem heraus entstand die Taktik der Einheitsfront.

Im großen und ganzen nehmen wir den Geist dieser Taktik mit gewissen Einschränkungen an. Die Eroberung der Massen soll nicht als ein mechanischer Prozeß von uns verstanden werden. Sinowjew betonte auch, daß gewisse Teile der Internationale ihren Einfluß gestärkt haben, trotz der Abnahme ihrer Mitgliederzahl. Die Eroberung der Massen soll sich nicht auf Statistik beschränken. Sie ist ein dialektischer Prozeß. In erster Linie müssen wir auf die Klarheit unseres Programms und auf die Festigkeit der Organisation bedacht sein. Nach dieser Feststellung sind wir bereit, die Linie der Internationale in bezug auf die Einheitsfront zu verfolgen.

Nun zur Arbeiterregierung. Wenn man uns bestätigt, daß sie „die revolutionäre Mobilisierung der Arbeiterklasse zum Sturz der Bourgeoisie“ sei, dann sind wir der Ansicht, daß man unter bestimmten Umständen diese Losung als terminologischen Ersatz für die Diktatur des Proletariats ausgeben kann.

Wenn aber dieser Ausdruck den Eindruck hervorrufen soll, daß man die Macht auf anderem Wege als durch den bewaffneten Kampf erringen kann, dann weisen wir dieses taktische Mittel zurück. Ich muß sagen: Ich habe bereits unzählige Erklärungen darüber gehört, was die Arbeiterregierung nicht ist, ich vermisse aber die Erklärung, was sie ist.

Die deutschen Genossen erwarten schon in nächster Zukunft die Möglichkeit der Produktionskontrolle seitens der Betriebsräte. Hier sehen wir eine gewisse Ähnlichkeit mit der Lage in Italien im September 1920, die einer großen Niederlage des Proletariats voranging. Auf diese Weise wird das Bürgertum unnachgiebig sein. Man kann auf die vereinigte Reaktion der Bourgeoisie und der Scheidemänner rechnen.

Gen. Sinowjew beklagt sich über den Mangel an Zentralismus und Disziplin in unserer internationalen Aktion. Die beste Gewähr für die Einhaltung der Disziplin innerhalb der Internationale ist die Klarheit und Prägnanz der Beschlüsse des Kongresses. Ferner schlagen wir vor, daß die Exekutive nicht von den einzelnen Parteien, sondern von dem gesamten Kongresse gewählt werde. Man muß sagen, daß wir einen gewissen Fehler begangen haben, indem wir die Internationale der Arbeiterparteien in ihrem Aufbau viel zu sehr den staatlichen militärischen Organisationen gleichmachten. Unsere Internationale wird zu oft als etwas außerhalb der Parteien Bestehendes betrachtet. Manchmal erlauben sich diese Parteien oder ihre Fraktionen eine Polemik mit der Internationale. Die Internationale sieht sich gezwungen,

innerhalb der Parteien Fraktionen zu schaffen, die sich ihren Anweisungen unterwerfen. Das erscheint mir absurd und gefährlich.

Ich schließe mit der Parole, die Sinowjew selbst ausgegeben hat: Seien wir eine wirkliche Kommunistische Internationale Partei, weit zentralisiert, vom Geist des revolutionären Kampfes durchdrungen.

GRAZIADEI: Ich spreche im Namen der Minderheit der K. P. Italiens.

Was die italienische Frage anbelangt, so erklären wir, daß die K. I. unserer Ansicht nach im allgemeinen hinsichtlich der Lage unseres Landes und unserer Partei richtig gehandelt hat. Wir behalten uns vor, über die Bedingungen und Sicherheiten zu verhandeln, die die Beziehungen zwischen der K. P. und der Sozialistischen Partei Italiens in Zukunft regeln sollen.

Zum Problem der Einheitsfront erkläre ich, daß mir die Besorgnisse des Gen. Bordiga unverständlich sind, der sich den Kopf zerbricht, was denn die Majorität eigentlich sei. Es hängt ausschließlich von der Geschicklichkeit der Leiter ab, aus der Partei eine Massenpartei zu machen. Viele Genossen legen dem Problem der Zeit nicht genügend Bedeutung bei, und das ist auch der Grund, weswegen die Partei sich jetzt gegen uns wendet. Wir halten die Taktik der Einheitsfront für das geeignete Mittel, die breitesten Schichten der Arbeiterklasse zu gewinnen.

In den Thesen der K. P. Italiens wird erklärt, die Partei dürfe nur individuelle Anhänger aufnehmen. Die Minderheit bekämpfte dies schon auf dem Märzkongreß unserer Partei. Auf diesem Wege ist es unmöglich, unser Ziel zu erreichen, d. h. die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern. Sogar aus Gründen ihres politischen Gewissens dürfen wir nicht verlangen, daß die Arbeiter der anderen Parteien nur individuell und nicht gruppenweise zu uns kommen.

Ich frage mich, ob es in Deutschland ein Unglück oder ein Glück für die K. P. war, daß man die linke der U. S. P. aufgenommen hat. Ich glaube, dies hat der K. P. D. nur Nutzen gebracht.

Nun, eine einigermaßen analoge Lage bildet sich jetzt in Italien. Man kann nicht mit Sicherheit sagen, daß unsere Maximalisten schon Kommunisten geworden sind, und diese Tatsache stellt uns einem der schwierigsten Probleme der Einheitsfront gegenüber. Gewiß birgt die Einheitsfront Schwierigkeiten in sich. Das Leben selbst stellt uns immer Schwierigkeiten in den Weg. Ist etwa die Ehe nicht auch voller Schwierigkeiten? (Gelächter). Und dennoch schließt man sie. Bordiga glaubt, die Schwierigkeiten auf mechanischem Wege beseitigen zu können. Er macht Unterschiede: keine Einheitsfront mit den Parteien, aber mit den Gewerkschaften. Er vergißt, daß es in den Gewerkschaften ebenso Sozialdemokraten gibt, wie in den Parteien. (Beifall.)

Das Problem der Einheitsfront ist sowohl ein ökonomisches wie ein politisches Problem. Aus diesem Grunde ist die Unterscheidung zwischen den Gewerkschaften und der Partei unangebracht.

Gen. Bordiga ist gegen die Bildung eines ständigen Organs aus Sozialdemokraten und Kommunisten. Doch die Einheitsfront bedeutet keineswegs die Bildung eines derartigen ständigen Organs.

Die Taktik der Einheitsfront ist in Italien in so abstrakter und doktrinärer Form verkündet worden, daß sie für das alltägliche Leben noch keine konkrete Gestalt angenommen hat.

Betrachten wir das Problem der Arbeiterregierung. Unserer Meinung ist nach in den Ländern, wo für die Arbeiterklasse die Möglichkeit besteht, die Macht zu erringen, die Arbeiterklasse gewissermaßen der Ausdruck der Einheitsfront. Wir dürfen die Arbeiterregierung nicht verwerfen, bloß weil sie eine Zeitlang parlamentarische Formen annehmen könnte.

Selbstverständlich müssen die Kommunisten vor den Arbeitern immer darauf beharren, daß eine wahre Arbeiterregierung sich nur durch den bewaffneten Kampf und unter der wachsenden Kontrolle der Arbeiterorganisationen sich bilden und festigen könne.

Gen. Bordiga verlangte von der K. I. eine immer strenger werdende Disziplin. Wir unterschreiben diesen Teil der Rede des Gen. Bordiga, aber unsere Genossen aus der Mehrheit mögen die Disziplin nicht als formale Sache betrachten, sondern aus der gesamten Praxis der K. I. eine lebendige Aktualität im alltäglichen Leben der Partei machen. (Beifall.)

FÜNFTE SITZUNG

AM 11. NOVEMBER 1922, NACHMITTAGS.

Vorsitz: Kolarow.

Redner: *Humbert Droz, Michalkowski, Murphy, Haakon Meier, Bucharin, Carr, Faure.*

HUMBERT DROZ teilt mit, daß das Präsidium des Kongresses aus allen Teilen Rußlands und der ganzen Welt nahezu tausend Begrüßungsschreiben erhalten hat. Es werden die Glückwünsche des Wladiwostoker Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Rotarmisten-Deputierten an die Proletarier der ganzen Welt und das Begrüßungsstelegramm des Z. K. der sozialistischen Partei Ägyptens verlesen.

MICHALKOWSKI (Polen): Die letzte Wahlkampagne in Polen ist ein sprechendes Beispiel dafür, wie in einem Lande, wo die Kommunisten auf jede Weise verfolgt werden, der Kommunismus sich den Weg zur öffentlichen politischen Arbeit zu bahnen versteht. Als nämlich Genossen in der Provinz aus den Zeitungen erfuhren, daß sich in Warschau unser Zentralwahlkomitee gebildet hatte, da entstanden automatisch in der Provinz fast über Nacht in 45 Bezirken oder mehr örtliche Wahlkomitees. Und zwar mußten bei der Bildung die Wahlkomitees mit Unterschriften auftreten und noch mehr: bei der Aufstellung der Wahllisten mußten Unterschriften gesammelt werden. Dieses unser Erscheinen auf der Wahlbühne war sowohl für das Bürgertum wie für die Regierung etwas Überraschendes und deswegen konnte der Bund des Proletariats mit einem legal gefaßten Wahlauftritt auftreten. Aber nach kurzer Zeit wurde alles verboten und konfisziert.

In der Frage der Einheitsfront haben wir drei Richtungen: die erste stimmt mit der Exekutive vollkommen überein, die zweite machte